

Der Verrat an der deutschen Nation

Der 26. Mai ist als ein schwarzer Tag in die Geschichte Deutschlands eingegangen. An diesem Tage setzte Dr. Adenauer, der Kanzler der Bonner Bundesrepublik, mit den Außenministern der USA, Großbritanniens und Frankreichs, seine Unterschrift unter den Generalvertrag.



Einen Tag später, am 27. Mai 1952, Unterzeichnete Adenauer in Paris den Vertrag der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, der weder Europa noch der Verteidigung, sondern ausschließlich dem amerikanischen Imperialismus dient. Washington will mit Hilfe dieser Verträge die Staaten Westeuropas in den Krieg gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik zwingen.

Die Lasten der Kriegsverträge

Die Verstärkung der ausländischen Besatzungstreitkräfte und der Aufbau einer deutschen Söldnerarmee bringt der westdeutschen Bevölkerung unvermeidlich gewaltige wirtschaftliche Lasten. Nach den bisherigen Abmachungen soll Westdeutschland im ersten Jahr 10,2 Milliarden Westmark aufbringen.

Für diese 10,2 Milliarden Westmark könnten im Interesse der westdeutschen Bevölkerung folgende Bauten durchgeführt werden:

100000 Einfamilienhäuser

750000 Zwei- bis
Dreizimmerwohnungen

2000 achtklassige Schulen

2000 Landambulancen

2000 Krankenhäuser



Unterlagen entnommen aus dem „Weißbuch über den Generalvertrag“

A N T H R O P O L O G I E * Q U A L I T Ä T S S T R E B E N * I N * D E R * W I S S E N S C H A F T

Bisher war der Agitator bei der Behandlung einzelner Fragen des Generalkriegsvertrages auf Artikel und Zeitungsausschnitte angewiesen. Jetzt hat er im „Weißbuch über den Generalkriegsvertrag“, das vor kurzem von Professor Eisler der Öffentlichkeit übergeben wurde und das dieser Tage in großer Auflage verbreitet wird, eine wertvolle Hilfe. Das Weißbuch enthält in sehr übersichtlicher Form alles Wissenswerte über den Generalvertrag und seine Vorgeschichte, es bringt in gedrängter Form wertvolles Material über den Widerstandskampf des deutschen Volkes und enthält schließlich im Anhang alle Dokumente des Kampfes um die Einheit Deutschlands seit dem Schreiben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die vier Großmächte am 13. Februar 1952. Es ist also ein wahres Handbuch des Agitators im Kampf um die Einheit Deutschlands und den Friedensvertrag.

An einem Beispiel soll das gezeigt werden.

Adenauer und seine Kumpane versuchen, dem deutschen Volk einzureden, daß der Generalvertrag nicht die Herstellung der Einheit Deutschlands ausschliesse und einen Friedensvertrag mit Deutschland nicht im Wege stünde. Mit solchen scheinheiligen Erklärungen wollen sie den Widerstand gegen die Ratifizierung brechen. Ollenauer und die rechten sozialdemokratischen Führer, die in Worten scharf gegen diesen Sdiandvertrag Stellung nehmen, unterstützen Adenauer, indem sie die Arbeiter am entschlossenen außerparlamentarischen Kampf gegen die Ratifizierung dieses Vertrages hindern und sie auf eine Revision des Vertragswerkes in der Zeit vertrösten, wenn die SPD an die Macht kommt. Das Weißbuch entlarvt diese Lügen, indem es den Nachweis führt, daß der Generalkriegsvertrag keine Möglichkeit der friedlichen Einigung Deutschlands offen läßt. Das Weißbuch schreibt dazu:

„In der sogenannten Revisionsklausel (Artikel 10 des Generalkriegsvertrages) ist von diesem Fall der Wiedervereinigung Deutschlands die Rede. Doch was soll in diesem Fall geschehen? Soll dann der Generalvertrag außer Kraft treten, um einem Friedensvertrag mit ganz Deutschland Platz zu machen? Keineswegs. Die drei Westmächte wollen in diesem Fall gemeinsam mit der Bonner Regierung — die naturgemäß dann gar nicht mehr existiert — zunächst die Bestimmungen dieses Vertrages und der Zusatzverträge überprüfen.

Doch nicht etwa, um die Schandverträge aufzuheben, vielmehr wollen sie in gegenseitigem Einvernehmen diesen Vertrag und die Zusatzverträge in dem Umfang ändern, der durch die grundlegende Änderung der Lage erforderlich oder ratsam geworden ist*.

Das heißt, der Generalvertrag soll bleiben. An seinen Bestimmungen kann nur »geändert* werden, was zum Beispiel die USA als Haupteinpeitscher des Generalvertrages für »ratsam* halten denn es muß gegenseitiges Einvernehmen herrschen. Was dann geändert werden soll, erläutert die sogenannte Bindungsklausel in Artikel 7. Es ist nichts anderes als die Ausdehnung des Generalvertrages auf ganz Deutschland an Stelle eines Friedensvertrages. Nach dem Wortlaut dieses Artikels wollen die Westmächte

„die Rechte, welche die Bundesrepublik auf Grund dieses Vertrages und der Zusatzverträge zustehen, auf ein wiedervereinigtes Deutschland erstrecken und werden ihrerseits darin einwilligen, daß die Rechte auf Grund der Verträge über die Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft in gleicher Weise erstreckt werden, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland die Ver-